

manche meinen  
 lechts und rinks  
 kann man nicht velwechsern  
 werch ein illtum  
*Ernst Jandl*

Warum sollte man die seit über zweihundert Jahren eingeführten politischen Begriffe «links» und «rechts» durch andere ersetzen? Sind diese Bezeichnungen bloße Worthülsen, wie kein Geringerer als Jean-Paul Sartre währnte (wohl wegen des Missbrauchs «linker» Auffassungen durch den Stalinismus)? Um es vorwegzunehmen: Solange die Unterschiede zwischen kritischen, sozial engagierten Vorstellungen auf der einen und autoritätsgläubigen, kapitalorientierten Auffassungen auf der anderen Seite fortbestehen, kann man auf die Benennung und Definition dieser Unterschiede nicht verzichten; man wird sie aber beständig unter die Lupe nehmen, kritisch befragen und der historischen Situation entsprechend neu definieren müssen. Gewiss könnte man andere Begriffe dafür wählen als die seit der Französischen Revolution üblichen Platzbezeichnungen, aber Farben sind nicht aussagekräftiger, und inhaltliche Bestimmungen wie die Adjektive «progressiv» und «konservativ» sind zu eingeschränkt und interpretationsbedürftig. Es lohnt also nicht, nach Ersatzbegriffen zu fahnden.

Doch wie lassen sich die Unterschiede, von der Gegenwart des Jahres 2006 aus gesehen, bestimmen? Zunächst wird man die Auffassung zurückweisen müssen, die mit «links» und «rechts» angedeutete Polarität sei überholt. Weltweit mag die neoliberale Globalisierung zwar zu der Annahme verleiten, Hunger und Seuchen könnten nur durch eine «links» und «rechts» übergreifende Strategie überwunden werden, und in der Provinz Deutschland könnte die große Koalition den Anschein erwecken, die Gegensätze zwischen den so genannten Volksparteien hätten sich aufgelöst und die innenpolitischen Probleme seien nur durch gemeinsames «Anpacken» zu lösen. Das ist jedoch ein oberflächlicher Eindruck, auch wenn Teilgruppen ihre Grundauffassungen der Teilhabe an der Macht geopfert haben. Zwar ist der innenpolitische Spielraum kleiner geworden, zwar wollen alle Parteien mehr Beschäftigung herbeiführen, dem Problem der Zunahme des Lebensalters und der Abnahme der Kinderfreudigkeit begegnen, der Gesundheitsvorsorge dienen, durch saubere Energie die Umwelt entlasten, die Integration von Ausländern fördern, die Chancen für Bildung und Ausbildung verbessern. Aber die Prioritäten und die zu ergreifenden Maßnahmen sind selbst hierzulande strittig; und weltweit bestehen tief greifende Unterschiede darüber, ob und wie weit «Humankapital» als Ware eingesetzt werden soll, ob und wann zugunsten der Durchsetzung von Demokratie, zur Beendigung von Vertreibung oder Genozid Truppen eingesetzt und militärische Aktionen durchgeführt werden dürfen.

In der hier gebotenen Kürze kann man darauf kaum eingehen. Der Komplexitätsgrad ist zu hoch; man müsste eine Wertedebatte führen, deren Ergebnisse dann doch nur das Niveau einer Talkshow erreichten. Man wird sich schnell darüber einigen, dass nach linksorientierter Auffassung Krieg als Mittel der Poli-

tik nicht hinzunehmen ist, dass die Hilfe zur Bekämpfung von Seuchen erhöht werden muss, dass Rassismus und Antisemitismus zu verurteilen sind, um nur wenig zu nennen. Sobald man aber konkreter wird, könnte es vorkommen, dass man von «links» und von «rechts» zugleich angegriffen wird und womöglich falsche Alternativen aufbaut. Man kann nicht für Israel «oder» für Palästina Partei ergreifen; man kann nicht entweder die Pressefreiheit hochhalten «oder» religiöse Grundüberzeugungen schützen; man kann nicht pauschal für die Öffnung «oder» für die Abschottung nationaler Märkte eintreten. Zu all diesen Fragen kann man sich nicht ohne langwierige Abwägungen im Detail äußern. Am Ende könnten die Positionen von «links» und «rechts» hinter einer Nebelwand verschwinden. Soll man sie also zugunsten «ideologiefreier» Sachkompetenz aufgeben?

Nein, denn Ideologiefreiheit im Sinne ungetrübter Objektivität gibt es nicht; Geschichte wird von Subjekten gemacht. Doch ziehen sich diese Subjekte allzu oft auf sich selbst zurück. Die Selbsteinschätzung als «links» wird aber zur Farce, wenn man diesen Begriff wie ein Ritual behandelt. Das ist seit dem Rückzug der 1968er Bewegung oft geschehen. In *in-groups* versichert man sich gegenseitig der Prinzipien, von denen man weiß, dass jeder der Anwesenden sie bejaht, man feiert die Jubiläen und Gedenktage der eigenen Bewegung – und nichts folgt daraus. Kürzlich feierte die Organisation IPPNW (*International Physicians for the Prevention of Nuclear War*) das zwanzigste Jubiläum der Gründung der deutschen Sektion. Etwa dreißig Leute, zu neunzig Prozent über sechzig Jahre alt, waren erschienen. Alle nickten, alle klatschten, sie wussten vor Beginn des ersten Satzes, worauf der Redner hinaus wollte. Nicht Geschichte wurde hier reflektiert – Vergangenheit wurde zelebriert. Man feierte sich selbst.

Mir scheint es produktiver zu sein, wenn sich kritische Geister mit konträren Auffassungen und Institutionen auseinandersetzen und zu Wort melden, dabei aber nicht vorgeformte Positionen durch dick und dünn behaupten, sondern überlegen, was in der jeweiligen Lage gerecht und erreichbar ist. Wechselseitige Durchdringung, nicht Selbstbehauptung ist das Ziel. Gruppen ohne Querdenker schmoren im eigenen Saft. *In-group*-Verhalten aber kann letzten Endes nur zu Resignation und Perspektivlosigkeit führen. Das heißt beileibe nicht, dass man wie ein Chamäleon die Farben wechseln sollte, aber die jeweiligen Grundprinzipien müssen jederzeit kritisch überdacht, reformiert und verändert werden. Es muss nicht jede Idee falsch sein, nur weil sie aus der Freien Demokratischen Partei kommt oder weil jemand von der Christlich-Sozialen Union sich schon einmal «so ähnlich» geäußert hat. Es sollte möglich sein, parteipolitische Positionen durch Kombination mit parteiunabhängigen Vorstellungen aus ihrer Enge herauszuführen. Das *bessere* Programm liefert «links» nur, wenn es zugleich das kombinationsfähigere und integrationsfähigere ist. Dazu sind Grenzüberschreitungen notwendig. Eine solche war es zum Beispiel, dass die jüdische Gemeinde in Frankfurt am Main Daniel Barenboim eingeladen hat, um sich von ihm einige sehr unorthodoxe Thesen zur israelischen Politik vortragen zu lassen. Daran könnten sich linksorientierte Gruppierungen ein Beispiel nehmen.

Im Folgenden wird nur ein winziger Bruchteil berührt, und auch da wird es keine formelhaft eindeutige Antwort geben. Für Norberto Bobbio ist «das kennzeichnende Merkmal der Linken der Egalitarismus».<sup>2</sup> Aber es fehlt ein entsprechend klarer Gegenbegriff. Auch haben Bobbio und alle von ihm zitierten Autoren vor allem die soziale Ungleichheit im Blick. Im ideellen und speziell im ästhe-



tischen Bereich kommen andere Komponenten ins Spiel. Beschränken wir uns auf Ziele von Bildung und Ausbildung innerhalb der Kulturwissenschaften und das Selbstverständnis unseres Faches. Wenn man hier zu Positionsbestimmungen vorstoßen will, wird man manche Klischeevorstellung aufgeben müssen. Aber vielleicht trägt es zur Klärung ein wenig bei, wenn an dieser Stelle gegen ein oberflächliches, leichtfüßiges Verständnis von «links» polemisiert wird.

Neulich rief ein Künstler an, der sich als «linksorientiert» bezeichnete und die Kunst «repolitisieren» möchte. Das Gespräch ergab, dass er von der historischen Dimension politischer Kunst – «Courbet? Wie buchstabiert man den?» – keine Ahnung hatte. Das kann nicht gut gehen. Wer so wenig geschichtliches Wissen hat, macht das Wort «links» wiederum zur Farce. Beides, das *In-group*-Verhalten und der Verlust historischer Reflexion, haben für das Verständnis von «links» verheerende Folgen. Als Konkretisierung seien drei Beispiele genannt, die sich auf ganz unterschiedlichen Ebenen bewegen:

1. Ich bin beunruhigt über die Absicht, die Goethe-Institute in Westeuropa zu schließen. Schon unter Außenminister Joschka Fischer wurde auf diesem Gebiet vieles vernachlässigt. Die Goethe-Institute haben eine außerordentliche Bedeutung für die Vermittlung kultureller Werte in allen Ländern. Die kulturell Interessierten in den betroffenen Staaten haben kein Verständnis für diese Schließungen und sehen das als ein schlimmes Eigentor Deutschlands an. Es ist eine völlige Illusion zu glauben, man könne jetzt diese Institute opfern, weil die Verständigung innerhalb Westeuropas erreicht sei. Das ist weder politisch noch gar sprachlich und kulturell der Fall. Es ist ja richtig, den Dialog mit anderen Kulturen zu fördern, aber man kann deswegen nicht das, was vor der Haustür liegt, vernachlässigen – die Nachfrage ist groß. Ich wünschte mir, dass jeder, der sich als «links» versteht, für die Erhaltung dieser Institute einträte. Solange Deutschland als Staat besteht, sollte es sich nach außen und innen ein Gesicht zu geben versuchen. Nicht das Verwischen, sondern das Entfalten eigener Positionen ist zugleich die beste Voraussetzung für übernationale Einigungsprozesse.<sup>3</sup> Zwei Einwände liegen auf der Hand: Jeder Konservative könnte so reden, kann man entgegnen. Und: Diese Frage ist nicht fachspezifisch genug und hat in der vorliegenden Zeitschrift nichts zu suchen. Aber zum Ersten sollte gerade der Linken daran gelegen sein, dass man nicht die europäischen «Hausaufgaben» zugunsten wohlfeiler Globalisierungspapieren vernachlässigt (denn mit der jetzt propagierten Maßnahme wird nicht der Gedankenaustausch zwischen den Kulturen gefördert, sondern nur eine Kürzung kulturpolitischer Mittel verkleidet). Zum anderen erweist sich das Fach nur in dem Maße als relevant, als es über die eigenen Grenzen hinausblickt und den größeren kulturpolitischen Zusammenhang im Auge behält.

2. Es ist eine große Chance, dass das Zentrum einer Hauptstadt endlich einmal nicht mit einem Repräsentationsbau, einem Versicherungspalast, einer Bank oder einem Firmensitz besetzt werden soll, sondern dass in Berlin, zwei Generationen nach der unseligen und unnötigen Sprengung des Stadtschlusses durch die Führung der DDR, dessen Teilrekonstruktion entstehen und dadurch die Erinnerung an den bedeutendsten Architekten des Landes, Andreas Schlüter, wachgerufen werden soll, verbunden mit einer *international* ausgerichteten Nutzung des Baus als *Humboldt-Kulturforum*.<sup>4</sup> Abgesehen von der Befriedigung der Primärbedürfnisse nach Nahrung, Kleidung und Wohnung ist nichts wichtiger, als den Auswüchsen des Turbokapitalismus kulturelle Zeichen von Gewicht entgegenzusetzen.

zen – Zeichen von solchem Gewicht, dass Kultur, in diesem Falle Hochleistungen europäischer und außereuropäischer Kultur, durch sie aufgewertet wird. So wichtige Projekte dürfen nicht von «rechts» besetzt (das heißt nicht mit dem Ziel einer nach rückwärts gewandten Heroisierung der Vergangenheit betrieben) werden; vielmehr soll man in ihnen den aufklärerischen, das Geschichtsverständnis herausfordernden Impakt wahrnehmen und unterstützen. Nach meiner Auffassung sollte, wer immer sich als «links» versteht, abwägen, ob es zu diesem Plan wirklich brauchbare Alternativen gibt. Eine solche Reflexion wäre über den Einzelfall hinaus auch methodisch wichtig. Denn zum einen sollten sich kritische Kunsthistoriker/innen nicht nur um einzelne Zimelien, sondern um den städtebaulichen Kontext kümmern; zum anderen ist in der gegenwärtigen Debatte um die Rekonstruktion ganzer Innenstädte die Verbindung von Rekonstruktion und vorwiegend *kultureller* Nutzung ein Pilotprojekt ersten Ranges. Man darf nicht in jedem Falle stur bei einer als «links» etikettierten Minderheitenauffassung verharren, wenn man nichts Besseres dagegen zu setzen hat; dem asbestverseuchten, schwedischen *Palast der Republik* nachzutruern, wäre nur ein Beispiel für den oben angesprochenen Irrealismus. Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch einer anderen Klischeevorstellung entgegentreten: Rekonstruktionen werden oft als «Fassadismus» abgetan. Doch in welcher Welt leben diese Schlagwortfabrikanten denn? Jedes innerstädtische Gebäude hat eine dem Wohn- oder Verwaltungsbereich zugewandte innere und eine dem urbanen Kontext verpflichtete äußere Seite. Die Innenverhältnisse zu rekonstruieren, ist oft unmöglich; es sei denn um den Preis, veraltete gesellschaftliche Strukturen wieder zu beleben. Die legitime Wiederherstellung des urbanen Gesichts – im Falle der Schlossumgebung ohnehin zu einem hohen Prozentsatz rekonstruiert – durch eine zeitgemäße Nutzung im Inneren zu ergänzen, ist kein Etikettenschwindel, sondern eine ökonomische Notwendigkeit.

3. «Marx kommt wieder», liest man auf jedem Universitätsgelände. Kürzlich schrieb Bodo Ramelow (Partei des Demokratischen Sozialismus) in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*: «Alles, was Marx geschrieben hat, ist ein klassischer Text.»<sup>5</sup> Man soll Karl Marx nicht verehren, aber als eine Persönlichkeit von großem historischem Gewicht ernst nehmen, und das heißt auch, das viel beschworene «historische Bewusstsein» bis zu ihm hin vertiefen. Marx konnte ohne weiteres aus Aristoteles und Immanuel Kant, aus dem Alten Testament und der griechischen Mythologie zitieren. Wer sich heute als «links» bezeichnet und auch noch ein Studium absolviert hat, von dem darf man erwarten, dass er sich auf der Höhe der Argumentation von Marx bewegt und zumindest über dessen historische Kenntnisse verfügt. Er wird wissen, warum Marx zitiert: «Vive Alexandre, /Vive le roi des rois, / Sans rien prétendre/Il nous donne des lois»,<sup>6</sup> oder warum er an den Redakteur der *Eastern Post* über die «grausamsten Qualen eines Verbannten» bei Dante schrieb.<sup>7</sup> Mit anderen Worten: Meine Befürchtung ist, dass viele der Zeitgenossen, die sich heute auf Marx berufen, von ihm allzu wenig Kenntnis haben (ganz abgesehen davon, dass die Berufung auf *einen* Denker nicht genügt). Eine breite *historische* Grundlage ist für eine kritische (kultur)politische Argumentation unabdingbar. Vieles von dem, was von «links» verlautet, bleibt, da von historischem Wissen entblößt, seicht und bloß moralistisch. Und damit ist kein Staat zu machen. Ohne einen gehörigen Fundus an kritisch angeeigneter Tradition wird man sich gegen «rechts» nicht wehren können – solange sich die Auseinandersetzung auf verbaler Ebene bewegen kann.



Stärker historisch zu denken, bedeutet alles andere, als autoritätsgläubige konservative Positionen zu übernehmen. Wohl aber kann ein stärker historisch orientiertes Denken das *Querdenken* erleichtern und eine nicht unentschiedene, aber moderate Haltung fördern, die nicht außer acht lässt, dass politisches Denken auch danach streben muss, etwas durchzusetzen und nicht in der Schmollecke zu verharren.<sup>8</sup> Gerade im ästhetischen Bereich gilt, ein Stück weit, Leo Trotzki's Satz, dass zum Revolutionär immer auch konservierendes Denken gehöre. Das bedeutet, über Jean A. Laponce hinaus und mit Bobbio davon abzukommen, «links» und «rechts» «als konkrete historische Totalitäten zu begreifen».<sup>9</sup> Wer die *Totalität* sucht, wird in der *in-group* enden. Wer sich als «links» bezeichnen will, weil die Ideen der Linken die Tradition der Aufklärung kritisch weiterführen, muss zunächst einmal der Versuchung der Orthodoxie widerstehen. Linke Orthodoxie führt zu sich selbst bestätigenden Kleingruppen, die keinerlei Wirkung über sich selbst hinaus entfalten können und daher notwendig in selbst gewähltem Pessimismus verharren oder aber in der irrealen Hoffnung auf ein anderes System vor sich hin träumen.

Mit allen drei Beispielen soll daher gesagt sein: Dass die Positionen «links» und «rechts» nicht mehr von den Themen, sondern nur von den Zielen und Methoden her definiert werden können, ist kaum strittig. Aber auf die konkreten Konsequenzen kommt es an. Zu einem zeitgemäßen Verständnis von «links» gehört erstens, dass man nicht an der Oberfläche agitiert, sondern kulturgeschichtliche Traditionen weiterführt, und zwar nicht zugunsten irgendwelcher Illusionen, sondern im Rahmen der uns vorgegebenen realen politischen Situation. (Über diesen Rahmen muss man freilich immer wieder hinaus denken; es ist auch nicht alles, wie von den Politikern der großen Koalition nur allzu oft vorgespiegelt, alternativlos) Dazu gehört zweitens, dass man den Pluralismus der Meinungen als Tatsache akzeptiert, andere Positionen kritisch aufnimmt und sich nicht nur unter Leuten bewegt, die eh schon derselben Ansicht sind. Dazu gehört ferner anzuerkennen, dass sich die politischen Bedingungen ständig verändern: Der schlechteste 68er wäre der, der 2006 immer noch unverändert die Positionen von 1968 vertritt. Nur wer weiterdenkt, wird sich nicht in einer Splittergruppe bewegen, sondern andere überzeugen können.

Für das Fach Kunstgeschichte bedeutet das unter anderem auch, bei aller Zuwendung zu neuen Medien, dem oberflächlichen Gerede darüber mit *historischer* Kompetenz zu begegnen. Nur dann wird auch die viel propagierte «Bildwissenschaft» Erfolg haben. Über sie zu streiten, wäre jedoch ein neues Thema.<sup>10</sup>

## Anmerkungen

1 Norberto Bobbio, *Rechts und links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung (Destra e sinistra. Ragione e significati di una distinzione politica)*, dt. Ausg., Berlin 1994, S. 13.

2 Vgl. Bobbio 1994 (wie Anm. 1), S. 87.

3 Mit Recht agitiert Hartmut Holzappel gegen die Vorstellung, man könne in Europa in aller Seelenruhe die Zelte abbrechen, «weil hier angeblich schon alles besorgt sei», und mit Recht folgert er: «Das Goethe-Institut gibt die Aufgaben auf, die vor der Haustür liegen». Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die diesen Leserbrief in ihrer Ausgabe Nr. 97 vom 26. April 2006 (S. 10) publizierte, hat es allerdings fertig gebracht, die einzig missverständliche Formulierung in diesem Beitrag zur Überschrift zu erheben und damit ins Gegenteil zu verkehren. Die Überschrift lautet, entgegen den Intentionen des Autors: *Den ungunsten Eurozentrismus überwinden*. So macht man Politik.

4 Darum bin ich schon vor zwölf Jahren in dieser Zeitschrift für den Wiederaufbau der äußeren Gestalt des Schlüterbaus eingetreten (wobei alle Gegenargumente ausführlich erörtert wurden); vgl. Klaus Herding, «La meilleure mémoire est une mémoire fictive. Zum Problem der Rekonstruktion des Berliner Stadtschlusses», in: *kritische berichte*, 1994, Jg. 22, Heft 1, S. 26–30. Es ist dem Verfasser durchaus bekannt, dass es auch Pläne zur politischen und kommerziellen Instrumentalisierung von Teilen des Stadtschlusses gibt. Aber primäre Zielvorgabe ist doch die kulturelle Nutzung.

5 *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 16. April 2006, Nr. 15, S. 7.

6 Karl Marx u. Friedrich Engels, *Werke*, Berlin 1975, Bd. 9, S. 337 (1853). Wir brauchen zwar nicht über alle Einzelheiten, die Marx beschäftigt haben, Bescheid zu wissen, aber sie wieder zu lesen, würde unsere heutigen Diskussionen erheblich vertiefen. Marx ironisiert hier Zar Nikolas (Regierungszeit 1825–1855), der glaubte, andere Mächte wie Puppen tanzen lassen und über sie befehlen zu können wie einst Zar Alexander (Regierungszeit 1801–1825), der dafür sogar von der Menge bejubelt wurde. Diese Stelle könnte ein politischer Kommentator heute anspielungsreich auf Wladimir Putin anwenden. Da Marx damals die Kriegsvorbereitungen der Großmächte und der Türkei angriff, könnte man mit diesem Zitat, mutatis mutandis, sogar die Auseinandersetzung zwischen den USA und dem Iran aufs Korn nehmen.

7 Marx u. Engels (wie Anm. 6), Bd. 17, S. 482 (1872). Die unerträglichen Qualen, meint Marx hier ironisch, bestehen darin, sich mit inkompetenten Leuten auseinandersetzen zu müssen. Er war es Leid, sich für seine Äußerungen ständig verleumden zu lassen und rechtfertigen zu müssen. Auch die heutige Linke braucht nicht auf alle Verleumdungen einzugehen. Als der

Verfasser kürzlich in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* einen Leserbrief über die 68er Bewegung lancierte, schrieb ihm jemand: «Bekennen Sie sich zu Ihren Verbrechen.» Gemeint war der Verfasser als Vertreter der 68er.

8 Vgl. auch Peter Glotz, *Die Linke nach dem Sieg des Westens*, Stuttgart 1992.

9 Jean Antoine Laponce, *Left and Right. The Topography of Political Perceptions*, Toronto 1981. Dem Text von Laponce steht der Verfasser kritisch gegenüber; für ihn war das vermeintliche Übergewicht der Linken «ein negativer Aspekt unserer Zeit»; vgl. Bobbio (wie Anm. 1), S. 57, zweites Zitat ebd. S. 62.

10 Ein nicht veröffentlichtes Manuskript dazu liegt in der Schublade. Ich nehme aber an, dass sich die Bildwissenschaft schon erledigt haben wird, bevor es publiziert werden müsste.